

Debatte: Kurs halten

von Dierk Hirschel

Im September wählte jeder Zweite eine bürgerliche Partei. Wären Liberale und Eurogegner nicht über die Fünf-Prozent-Hürde gestolpert, dann gäbe es im Parlament eine klare bürgerliche Mehrheit.

Das rot-grüne Reformbündnis hat es wieder nicht geschafft. Diesmal scheiterten Gabriel, Trittin & Co aber nicht an den eigenen Inhalten. Die SPD hatte das fortschrittlichste Wahlprogramm dieses Jahrtausends. Die Sozialdemokratie stellte die soziale Frage wieder ins Zentrum ihres Wahlkampfes. Dass das Werben für gute Arbeit, sichere Rente und Steuergerechtigkeit nicht erfolgreich war, hat andere Gründe.

Erstens gelang es der SPD nicht, Merkels vermeintliche Wirtschaftskompetenz in Frage zu stellen. Das Märchen vom Jobwunder wurde nie entzaubert. Zu schwer wog das Erbe der Agenda 2010. Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen wurden weiterhin als wirtschaftliche Erfolgsgeschichte gelesen. Sozialdemokraten und Grüne beklagten nur, dass Merkel erntet, was Schröder pflanzte. Die Kritik beschränkte sich auf die sozialen Folgen entfesselter Arbeitsmärkte. Deswegen konnte Merkel den gespaltenen Arbeitsmarkt als notwendigen Preis für mehr Wachstum und Jobs verkaufen.

Zweitens hatte die SPD ein großes Glaubwürdigkeitsproblem. Das rote Wahlprogramm war die Antithese zu Schröders Agenda 2010. Peer Steinbrück forderte die Rückabwicklung eigener Regierungsarbeit. Die SPD scheiterte mit dem Versuch, ihr traditionelles Klientel davon zu überzeugen, dass sie es mit der „Sozialen Gerechtigkeit“ diesmal ernst meint. Zu frisch war die Erinnerung an Hartz IV und die Rente mit 67. Nur jeder fünfte Arbeiter wählte diesmal die „roten Strolche“. 1998 war es noch jeder Zweite. In den sozialen Brennpunk-



☞ Dr. Dierk Hirschel ist Vorstandsmitglied der DL21 und Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft Ver.di.

Foto: privat

ten blieben die ehemaligen Stammwähler zu Hause.

Drittens fehlte der Sozialdemokratie eine realistische Machtoption. Die SPD mobilisierte ausschließlich für eine rot-grüne Koalition. Die Weigerung mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten ließ keine Wechselstimmung aufkommen. Rund sechs Millionen Wählerinnen und Wähler gingen nicht zur Wahl, da sie keinen Regierungswechsel erwarteten.

Nach der Wahl steckte die SPD in einer strategischen Falle. Im Parlament gab es eine linke Mehrheit. Die Sozialdemokratie war aber politische Gefangene ihrer eigenen Ausgrenzungsstrategie. Was theoretisch denkbar war, scheiterte realpolitisch.

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union konnte die SPD einige gewichtige Erfolge verbuchen. Sozialdemokraten und Konservative packten den gesetzlichen Mindestlohn in trockene Tücher und stabilisieren das Tarifsystem. Die Rentenpolitik der Schröder und Merkel-Regierung wird partiell korrigiert. So verbessert die große Koalition die Arbeits- und Lebensbedingungen für Millionen Menschen.

Die SPD musste aber auch dicke Kröten schlucken. Angela Merkels striktes Nein zu

höheren Steuern, macht Notwendiges unbezahlbar. Die große Koalition plant zwar für ihre Amtszeit 23 Milliarden Euro schwere Mehrausgaben - die Hälfte davon Zukunftsinvestitionen. Die großen gesellschaftlichen Bedarfe werden damit nicht abgedeckt. Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Um die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren, bedarf es jährlicher Investitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro. Der kommunale Investitionsstau beläuft sich auf insgesamt 130 Milliarden Euro. Unter dem Strich summieren sich die notwendigen Ausgaben auf einen jährlichen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag.

Das geben die klammen Haushalkassen nicht her. Zumal die große Koalition auch noch eisern sparen will. Ab 2015 soll der Bund ohne neue Schulden auskommen. Zudem soll die Schuldenquote in den nächsten zehn Jahren doppelt so schnell sinken, wie es die europäischen Schuldenregeln vorschreiben. Es droht eine Politik nach Kassenlage. Bei schlechter Konjunktur können die Sparziele nur erreicht werden, wenn der Rotstift regiert.

In der Europapolitik kapitulierte die SPD auf ganzer Linie. Die von der Troika verordnete neoliberale Schocktherapie wird fortgesetzt. Von Athen bis Madrid gehen die Entlassungen und Lohnkürzungen weiter. Unter dem Deckmantel so genannter Strukturreformen wird weiterhin die südeuropäische Tariflandschaft umgepflügt, der Sozialstaat abgebaut und öffentliches Eigentum verscherbelt. Folglich spitzt sich die Krise des alten Kontinents weiter zu. Wirtschaftlich droht eine Deflation. Sozial droht dauerhaft Massenarbeitslosigkeit und steigende Armut. Politisch droht eine Stärkung nationalistischer und rassistischer Kräfte.

Die SPD steht in den nächsten vier Jahren vor großen Herausforderungen. Sie muss in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik Kurs halten. Die neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

ist durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die erleichterte AVE und eine stärker regulierte Leiharbeit nicht abgeschlossen. In den nächsten Jahren geht es darum, die Entsicherung von Arbeit durch eine Reform der Mini-Jobs, eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und weitere Maßnahmen zurückzudrängen. In der Rentenpolitik muss weiter für eine armutsfeste und Lebensstandardsichernde Rente gestritten werden.

Darüber hinaus müssen die schwarz-rote Haushaltspolitik und die Steuerfrage zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gemacht werden. Die SPD muss sich für die notwendigen Zukunftsinvestitionen und ihre Finanzierung über Reichensteuern stark machen. Von einem europapolitischen Kurswechsel ganz zu schweigen.

Das wird nicht einfach. Die Wirtschaftskompetenz der Partei hat noch viel Luft nach Oben. Nach Auffassung vieler Parteifunktionäre sollte ein Staatshaushalt genauso geführt werden wie der Privathaushalt der schwäbischen Hausfrau. Steuer- und Beitragserhöhungen gelten als Wachstumsbremse und Jobkiller. Und die Rentenfrage wird noch immer als Generationenkonflikt missverstanden. Was vollkommen fehlt, ist eine gesamtwirtschaftliche Sicht ökonomischer Zusammenhänge. Es ist Aufgabe der SPD-Linken das zu ändern.

Die SPD muss künftig als politische Kraft wahrgenommen werden, die Arbeit, Kapital und Boden im Interesse der Bevölkerung reguliert. Regierungshandeln muss und kann dazu beitragen. Darüber hinaus braucht es aber eine starke Partei, die unabhängig von der Berliner Politik für ihre eigenen Inhalte streitet. So können verlorene Glaubwürdigkeit und Deutungsmacht zurückgewonnen werden. Wenn wir zusätzlich auf eine alternative Machtoption hinarbeiten, ist eine sozial-ökologische Reformpolitik keine Utopie mehr. ■